

Ratssitzung vom 16. Februar 2010:

Die insgesamt 44 Mitglieder des Hertener Rates brauchten bei ihrer ersten gemeinsamen Sitzung des Jahres am 16. Februar eine ganze Menge Sitzfleisch. Insgesamt vier Stunden liefen die Diskussionen. Hauptpunkte des Tages waren vor allem die Debatten um das Tourismusbüro und die Sanierung des Rathauses.

Vor allem die erstgenannte Thematik hatte bereits eine Woche zuvor im Haupt- und Finanzausschuss (HuFa) für reichlich Gesprächsstoff gesorgt. Einzig die SPD-Fraktion sprach sich dafür aus, das Tourismusbüro auf Ewald, im Gebäude der Licht- und Lohnhalle, entstehen zu lassen. Alle anderen Fraktionen und Ratsmitglieder wehrten sich dagegen, allen voran DIE LINKE-Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz. „Hier wird eindeutig gegen den Willen der Hertener Bürger entschieden.“, argumentierte Prinz und verwies dabei auf das Ergebnis einer Umfrage der Hertener Allgemeinen, welches eindeutig ausfiel. Weniger als 20% aller Befragten sprachen sich für das Ewaldgelände als Lokalität aus. Zudem sei „das Projekt mit 436.000 € für zwei Jahre viel zu kostenaufwändig“, setzte Prinz seine Äußerungen fort und fügte hinzu: „Die finanziellen Ressourcen unserer Stadt sollten weitaus effektiver genutzt werden.“

Zuspruch erhielt Prinz für seine Anmerkung, das Büro wäre in der Innenstadt sinnvoller aufgehoben. Verärgert zeigte sich der LINKEN-Fraktionsvorsitzende darüber, dass eine Stellen-Ausschreibung knapp zwei Wochen vor Ratsbeschluss veröffentlicht wurde und man den Rat auf diese Weise hintergehe. Außerdem gehe es in Verbindung mit dem Standort Ewald „nur darum, Fördergelder zu erhalten“, mutmaßte Prinz und stand mit dieser Meinung nicht alleine da. Des Weiteren beklagte er das unschlüssige Personalkonzept des Tourismusbüros. „Ein Geschäftsführer und zwei Mitarbeiter werden sicher nicht ausreichend sein.“ Kritisch stand Thomas Prinz auch dem Empfehlungsschreiben Christian Stratmanns (Intendant des RevuePalast Ruhr) gegenüber. Dieser hatte sich für das Ewaldgelände als Standort ausgesprochen. „Wenn der RevuePalast in der Innenstadt wäre, hätte Stratmann geschrieben, dass das Tourismusbüro unbedingt in die Innenstadt gehört“, sagte Prinz aus vollster Überzeugung. Bereits im HuFa stimmten 7 Mitglieder gegen die SPD-Vorlage, eine Woche später konnten die Sozialdemokraten ihr Vorhaben nur knapp mit 24 Stimmen und 20 Gegenstimmen behaupten.

Den größten zeitlichen Teil der Sitzung nahm die Diskussion um die Sanierung des Rathauses ab Oktober 2010 ein. Hier stellte Architekt Franz-Jörg Feja seinen entworfenen Sanierungsplan den Ratsmitgliedern und Besuchern ausführlich vor. Dieser wird überwiegend die Wärme-Isolierung und Elektrik des 53 Jahre alten Gebäudes betreffen. Der von der Stadt vorgegebene finanzielle Rahmen beträgt 8,8 Mio. €. Die Fraktion DIE LINKE stimmte dem Konzept zu und betonte dabei, man müsse „verantwortungsvoll mit der finanziellen Situation umgehen.“

Unerfreulich verlief hingegen die Debatte um den Sitz von Morris George im Betriebsausschuss. George war im Dezember von der SPD zur LINKEN gewechselt, nun forderte die SPD Neuwahlen. Dies löste nicht nur bei Thomas Prinz und Martina Ruhardt Unverständnis aus. Die Fraktion DIE LINKE hielt den SPD-Antrag für „höchst bedenklich. Hier wird die Politik ins schlechte Licht gerückt.“ Thomas Prinz betonte weiterhin: „Morris George ist als Person direkt in den Rat gewählt worden, nicht über die Partei.“ Nicht nur DIE LINKE war der Ansicht, dass eine Neubesetzung der Betriebs- und Rechnungsprüfungsausschüsse der falsche Weg sei, es gab insgesamt acht Gegenstimmen. Auch die Lagerung von Waffen an der Ludgerusschule war für die Ratsfraktion DIE LINKE

wiederum ein Thema. Thomas Prinz echauffierte sich darüber, dass zwischen der Stadt und den Schützenvereinen nur ein mündliches und somit fragwürdiges Mietverhältnis existiere. Auch der ungeklärte finanzielle Standpunkt im Falle der Schließung missfiel dem Fraktionsvorsitzenden.

Die nächste Ratssitzung lässt nicht lange auf sich warten. Bereits am 04. März wird der Hertener Rat zum Haushalt 2010 in einer Sondersitzung tagen.

Stefan Springer

Pressesprecher DIE LINKE. Herten

31. Januar 2010

Fraktion macht sich fit für Haushaltsdebatten

Daniel Kleibömer - Mitarbeiter des Europaabgeordneten Jürgen Klute - informierte über das Thema "Neues kommunales Finanzmanagement". Die Sitzungsgelder wurden für die Opfer in Haiti gespendet.

Das "Neue kommunale Finanzmanagement" (NKF) war nichts Neues für die Mitglieder der Fraktion. Bereits im letzten Jahr folgten sie der Einladung von Stadtkämmerer Kreutz, der im Rahmen der kommunalen Finanzen auch das Thema NKF behandelte.

Dass DIE LINKE zu dem Zeitpunkt die einzige Fraktion war, die das großzügige Angebot der Stadtverwaltung angenommen hat, findet der Fraktions-Geschäftsführer Karlheinz Kapteina nur folgerichtig: *"Wir fordern öffentliche Haushaltsdebatten für mehr politische Transparenz. Natürlich müssen wir uns als 'Neulinge' im Rat dazu umfassend informieren, um unsere Position glaubhaft zu vertreten."*

Fazit des Vortrags von Daniel Kleibömer, der immer wieder durch konkrete Fragen bereichert wurde: Bei einem genehmigten Haushalt bringt das NKF viele Vorteile der kaufmännischen Bilanzierung. Als Nothaushaltsgemeinde kann aber auch das NKF nicht vor der endgültigen Überschuldung retten. Einsparungen - besonders in der Verwaltung und bei sozialen Projekten - wurden sehr kritisch gesehen. *"Solche Maßnahmen können die Kommune nicht entschulden. Der Verkauf von 'Tafelsilber' schadet der Stadt"*, stellt Fabian Lindemann (Ausschuss ABS) fest. Letztlich müssen die Verursacher der Kosten diese auch bezahlen und nicht die hoffnungslos überschuldeten Städte. Eine Verfassungsklage ist dazu notwendig und wird von der LINKEN auch in der nächsten Ratssitzung wieder eingebracht.

Die Sitzungsgelder werden der Aktion "Herten hilft Haiti" zugute kommen. Der Beschluss hierzu wurde einstimmig angenommen.

3. Februar 2010

Die UBP bleibt der politische Gegner!



"Arbeitspflicht für alle!"

Der Vorschlag des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) zur Einführung einer

generellen Arbeitsverpflichtung für Arbeitslose ist von der Unabhängigen Bürgerpartei (UBP) aufgegriffen worden und soll Bestandteil der politischen Diskussion im Kreistag werden.

Auch der DGB der Region Emscher-Lippe nimmt Stellung zu diesem Thema. *"Der DGB weist diesen Vorschlag entschieden zurück. Arbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit ohne zusätzliche Bezahlung zu zwingen, habe es bereits im dritten Reich unter dem Titel „Arbeitsdienst“ gegeben. Solche Vorschläge haben nach Auffassung des DGB in einer demokratischen Gesellschaft nichts zu suchen und seien zudem auch in keiner Weise dazu geeignet, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen"*, so der DGB Emscher-Lippe Regionsvorsitzende Dr. Josef Hülsdünker.

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Herten unterstützt diese Position ausdrücklich! Die UBP hat ihren Wahlkampf auch in Herten mit rechtspopulistischen Parolen geführt - gerade zu Lasten von Kindern mit Migrationshintergrund: Die Forderung der UBP lautete hier, dass diese nur die Sonderschule besuchen dürften, wenn sie keine ausreichenden Deutschkenntnisse hätten. Ein Vorschlag, der nicht nur gegen geltendes Recht verstößt, sondern ignoriert, dass auch in Herten die Sprachförderung schon im Kindergarten beginnt.

Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Thomas Prinz schließt eine Zusammenarbeit mit der UBP in Sachfragen kategorisch aus und stellt in diesem Zusammenhang nochmal unmissverständlich fest:

"Wir sind der politische Gegner der UBP und haben inhaltlich mit ihnen keine Gemeinsamkeiten. Eine Zusammenarbeit in Sachfragen wird es mit uns nicht geben."

4. Februar 2010

LINKE empört über SPD Antrag auf Auflösung zweier Ratsausschüsse

Auf Antrag der Hertener SPD Fraktion sollen bereits in der nächsten Ratssitzung am 16. Februar zwei Ausschüsse, die in der Novembersitzung erst gewählt worden sind, nach dem Wechsel des Ratsherrn Morris George zur Linksfraktion, wieder aufgelöst und erneut gewählt werden (Siehe Anlage). Konkret sind das der Betriebsausschuss sowie der Rechnungsprüfungsausschuss.

Die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Herten zeigt völliges Unverständnis für diese Vorgehensweise. „Hier soll solange gewählt werden, bis der SPD das Ergebnis wieder passt“ so der Fraktionsvorsitzende Thomas Prinz.

„Nach dem Motto: Mein Rathaus, meine Verwaltung, mein Betriebsausschuss wird hier versucht, mit aller Gewalt andere politische Einflüsse zu unterdrücken, um die eigene Macht der Mehrheit zu sichern. Dabei lässt der Gesetzgeber ausdrücklich zu, dass Mandatsträger in der Wahl ihrer Fraktionszugehörigkeit frei entscheiden können und nicht dem Diktat der Partei unterliegen. Ich bin mir sicher, dass die Bürgerinnen und Bürger in Herten kein Verständnis zeigen für dieses politische Theater“, so der Fraktionschef.

Die stellv. Fraktionsvorsitzende Martina Ruhardt zu den geplanten Neuwahlen: *„Wenn nach jedem Fraktionswechsel Ausschüsse neu gewählt werden würden, wäre eine stabile politische Arbeit kaum möglich. Solche Machtspielchen fördern nur die Politikverdrossenheit und schaden dem Ansehen aller Parteien“*.

Ratsherr Morris George zu dem Antrag auf Neuwahlen: „*Ich habe mein Mandat in meinem Wahlkreis mit über 50 Prozent direkt gewonnen und habe es nicht auf dem Ticket der Partei erworben. Mir fehlt für einen solchen Schritt der SPD jegliches Verständnis.*“

Die Fraktion DIE LINKE hofft, dass sich für die willkürliche Auflösung der beiden Ausschüsse in der Ratssitzung keine Mehrheit findet.

4. Februar 2010

LINKE spenden Sitzungsgelder für Haiti Opfer

DIE LINKE. Fraktion im Rat der Stadt Herten hat in ihrer Fraktionssitzung beschlossen, ihre Sitzungsgelder in Höhe von rund 300 Euro für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Haiti zu spenden. "*Dieses unbeschreibliche Elend der Haitianer fordert ein rasches Handeln. 180.000 Tote, zerstörte Häuser und unendliches Leid - das ist die grausame Bilanz des stärksten Erdbebens seit 200 Jahren. Solidarität ist das Gebot der Stunde,*" so der Fraktionsvorsitzende Thomas Prinz.

Am 03.02.2010 wurde nun die Spende an die Verantwortlichen der Initiative "Herten hilft Haiti" übergeben. Dr. Jürgen Philipp und Ralph Hoffert bedankten sich herzlich und stellten noch einmal heraus, wie wichtig jede einzelne Spende ist, um den Betroffenen schnellstmöglich vor Ort helfen zu können.

22. Februar 2010

DIE LINKE kritisiert die massive finanzielle Bevorteilung von Schützenvereinen durch die Stadt



Schießstand an der Ludgerusschule



Vor einigen Wochen wurde der Antrag der LINKEN zum Verbot zur Lagerung von Schusswaffen im Haupt- und Finanzausschuss ablehnt. Als Grund der Ablehnung nannte Bürgermeister Uli Paetzel mögliche finanzielle Rückforderungen der Schützen, die diese im Falle einer Kündigung des bestehenden Mietverhältnisses an die Kommune richten könnten. Mit dieser höchst fragwürdigen Entscheidung wollten sich die Fraktionsmitglieder allerdings nicht zufrieden geben. In einer Anfrage sollte deshalb nun geklärt werden, wie das Mietverhältnis genau vertraglich ausgestaltet sei und welche Kosten tatsächlich bei Beendigung des Vertrages entstünden.

Wer meint, dass in dem zwischenzeitlich eingegangenen Antwortschreiben konkrete Angaben zu den finanziellen Auswirkungen gemacht wurden, der irrt gewaltig. Ganz im Gegenteil: Die Verwaltung verschanzt sich auch weiterhin hinter dem pauschalen Argument, dass es zu möglichen finanziellen Belastungen kommen könnte. Dennoch staunte die Fraktion nicht schlecht, als sie lesen musste, dass es gar keinen schriftlichen Mietvertrag mit den Schützen gibt! Man habe im Jahr 1983/84 **mündlich** einen **unbefristeten Vertrag ohne Regelungen der Kündigungsfristen** mit den Vereinen geschlossen und da die Sportschützen dem Stadtsportverband angehören, seien sie zudem **von der Entgeltentrichtung befreit**. Das bedeutet, dass die Verwaltung die Kellerräume der Turnhalle an der Ludgerusschule kostenlos und dauerhaft den Sportschützen seit vielen Jahren überlässt! *"Der Hinweis, dass auch andere Vereine als Mitglieder des Stadtsportverbandes Sporteinrichtungen der Stadt kostenlos nutzen könnten, hinkt. Denn der finanzielle Vorteil der ständigen und alleinigen Nutzung der Kellerräume durch die Sportschützen liegt doch auf der Hand,"* so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Martina Ruhardt. *"Wir werden dieses Antwortschreiben zum Anlass nehmen, weitere Schritte in dieser Angelegenheit einzuleiten,"* so Ruhardt weiter.

8. April 2010

DIE LINKE beteiligt sich nicht am Vorgartenwettbewerb 2010



Die Linksfraktion im Rat der Stadt Herten hat sich einstimmig gegen eine personelle Beteiligung zum diesjährigen Vorgartenwettbewerb ausgesprochen.

Hierbei soll eine Jury gebildet werden, bestehend aus Vertretern von Politik (Mitglieder im Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt) und Verwaltung, um die drei schönsten Hertener Vorgärten zu ermitteln, die anschließend, wie bereits in 2009, mit einem Geldpreis versehen werden sollen.

Der Hertener Vorgartenwettbewerb entstand in den 70'er Jahren und ist 1994 eingestellt worden.

"In Anbetracht der gegenwärtigen Haushaltssituation halten wir es für nicht zeitgemäß, solch einen Wettbewerb mit Preisgeldern finanziell zu unterstützen. Im Übrigen wünschen wir uns für die Zukunft, dass in Herten Wettbewerbe durchgeführt werden, bei denen alle Bürgerinnen und Bürger teilnehmen können und nicht nur diejenigen, die einen Vorgarten ihr Eigen nennen dürfen", so Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz in einem Schreiben an Bürgermeister Dr. Paetzel

26. April 2010

Gemeinsam gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Auch im »Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung« werden in NRW Industriearbeitsplätzen (weiter) abgebaut und Existenzen zerstört. Gegensteuern – aber wie? Welche Konzepte hat DIE LINKE?

Vertreter des Stadtverbandes Herten und der Fraktion führen am 25.04.2010 zu der Veranstaltung im Volkshaus Röhlinghausen in Wanne-Eickel, um unsere Landtagskandidatin Bärbel Beuermann zu unterstützen.

Weitere namhafte Vertreter der Linken wie Andrej Hunko (Mitglied des Bundestages und der parlamentarischen Versammlung des Europarates), Ulla Jelpke (innenpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion) und Jürgen Klute (Abgeordneter der Linken im Europäischen Parlament und Mitglied des Parteivorstandes) hielten ebenfalls Referate und sorgten für eine informative und abwechslungsreiche Veranstaltung.

2. Mai 2010

Transparente Politik: Sitzungen in der Innenstadt



Transparente Politik: alle Parteien schreiben sich diesen Slogan auf die Fahne. Mit Sitzungen der Fraktion und des Stadtverbandes in der Innenstadt macht DIE LINKE in Herten einen weiteren Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung.

Nach den Kommunalwahlen in Herten hat die Fraktion der LINKEN gefordert, bei jeder Ratssitzung den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und so aktiv in die Kommunalpolitik einzugreifen. Ohne Begründung oder Diskussion wurde dies im Rat abgelehnt.

Auch der Stadtverband fordert mehr Direktdemokratie, mehr Teilhabe für jede Hertenerin und für jeden Hertener. Alle Menschen in Herten müssen die Möglichkeit haben, sich über den demokratischen Entscheidungsprozess zu informieren und hier mitreden können. Demokratie besteht nicht nur aus dem Ankreuzen von Wahlscheinen alle fünf Jahre!

Bei den LINKEN ist grundsätzlich jede Sitzung des Stadtverbandes und der Fraktion öffentlich. Wir gehen aber noch einen Schritt weiter: um noch mehr Transparenz zu gewährleisten, werden wir einige Sitzungen in der Innenstadt vor unserem Büro an der Hermannstraße 19 veranstalten. Sowohl die Fraktion, als auch der Stadtverband erachten es als wichtig, Politik für alle Menschen offen zu gestalten. Als ersten gemeinsamen Termin hat man sich auf den 7. Juni verständigt:

Montag, 7. Juni 2010
Öffentliche Fraktionssitzung
16-18 Uhr
Hermannstraße, Höhe LINKE-Büro (Nummer 19)

Montag, 7. Juni 2010
Öffentliche Stadtverbandssitzung
18.20 Uhr
Hermannstraße, Höhe LINKE-Büro (Nummer 19)

1. Juni 2010

LINKS WIRKT - Erste Erfolge in Sachen Schießstände an Schulen

Der Einsatz der LINKEN in Herten hat erste Erfolge gezeigt. In einer stillen Aktion demontierten die für den Schießstand an der Ludgerusschule Verantwortlichen das umstrittene Schild "Schießstand" auf dem Schulgelände ab.

Trotz einer vorhergegangenen Besichtigung durch die Rats- und Fraktionsmitglieder aller Parteien wurde im Rat der Stadt Herten, mit großer Mehrheit der SPD und CDU Fraktion, der Verbleib der Sportschützen in dem Schulgebäude beschlossen.

Dieses ist für die LINKE nicht nur aus moralischen und pädagogischen Gesichtspunkten zu verurteilen, denn für uns gilt nach wie vor der Grundsatz:

KEINE WAFFEN AN UNSEREN SCHULEN!



Schießstand an der Ludgerusschule: Linkes Bild vorher; Rechtes Bild nachher



7. Juni 2010

Transparente Politik: 1. öffentliche Sitzung in der Innenstadt ein voller Erfolg!



Alle Parteien reden über Bürgerbeteiligung und transparente Politik: DIE LINKE ist die erste Partei, die dieses auch umsetzt! Mit Sitzungen der Fraktion und des Stadtverbandes in der Innenstadt machte DIE LINKE in Herten einen weiteren wichtigen Schritt in Richtung Bürgerbeteiligung und setzte ihr in der Kommunalwahl gegebenes Versprechen in die Tat um.

Nach den Kommunalwahlen in Herten hat die Fraktion der LINKEN gefordert, bei jeder Ratssitzung den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit zu geben, Fragen zu stellen und so aktiv in die Kommunalpolitik einzugreifen. Dies wurde von den übrigen Fraktionen im Rat abgelehnt. Somit nahmen sie den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, aktiver am politischen Geschehen in unserer Stadt teilzunehmen.

DIE LINKE ist der festen Überzeugung, dass alle Menschen in Herten die Möglichkeit haben sollten, sich über demokratische Entscheidungsprozesse zu informieren und sich stärker einbringen zu dürfen. Demokratie besteht nach Ansicht der LINKEN nicht nur aus dem Ankreuzen von Wahlscheinen alle fünf Jahre!

Bei den LINKEN sind grundsätzlich alle Sitzungen des Stadtverbandes und der Fraktion öffentlich. Für dieses Jahr sind weitere öffentliche Sitzungen geplant, die in der Hertener Fußgängerzone stattfinden werden.

Wir würden uns freuen, wenn auch weiterhin neben den Mitgliedern der LINKEN interessierte Hertener Bürgerinnen und Bürger teilnehmen würden.

13. Oktober 2010

Erste Klausurtagung der Gesamtfraktion in Bad Laer

Der strahlend blaue Himmel über dem Münsterland war wohl mit ein Grund dafür, dass die Mitglieder der Gesamtfraktion DIE LINKE. des Hertener Rates für ihre erste Klausurtagung vom 9. bis zum 10. Oktober 2010 durchweg positive Worte fanden... aber sicherlich nicht der einzige.

Die Tagung erlaubte es, die aktuellen Themen und Anträge wesentlich intensiver und differenzierter zu diskutieren als es die Fraktionssitzungen sonst zulassen.

„Die gemeinsame Arbeit an diesem Wochenende war außerordentlich ergiebig und hat uns als Fraktion sicherlich weitergebracht“, lobte der Fraktionsvorsitzende Thomas Prinz.

Neben den rein fraktionsbezogenen Themen blieb aber auch Zeit mit der Stadtverbandsvorsitzenden Merle Lindemann, welche als Besucherin an der Klausurtagung teilnahm, über gemeinsame Aktionen und Termine von Fraktion und Stadtverband nachzudenken. „Für eine effektive Ratsarbeit ist es wichtig, dass Stadtverband und Fraktion eng zusammenarbeiten und der eine weiß, was der andere tut“, lautete das Fazit der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Martina Ruhardt.

11. November 2010

Die Fraktion vor Ort beim RZR Herten

Auch wenn der Herbst mit Regen, stürmischen Winden und frostiger Kälte aufwartet, nahmen die Fraktion das Angebot des RZR Herten gerne an und informierte sich über die hiesige Müllverbrennungsanlage vor Ort.

Zusammen mit RZR Geschäftsführer Hans Moll und Dipl. Ing. Paul-Jürgen Severin (Bereichsleitung Kontrolle) wurde die Anlage besichtigt und die Verfahrensweise, Immissionswerte und Zukunftsaussichten für das RZR erörtert. Dabei stellte sich heraus, dass sich die Technik der Anlage auf dem modernsten Stand befindet und die Emmissionswerte nur 1/10 der gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte erreichen. Auch für die Zukunft braucht sich das RZR keine Sorgen machen, da trotz abnehmender Einwohnerzahlen in Herten, die Auslastung durch Kooperationsverträge mit den umliegenden Städten und Gemeinden bei rund 90 % liegt.



1. Dezember 2010

SPD stimmt für Kürzungspaket und höhere Belastungen der Beschäftigten

In der letzten Hertener Ratssitzung des Jahres führte der Tagesordnungspunkt 6 zu kontroversen Diskussionen. Tituliert als "Interkommunale Zusammenarbeit" war von einem erst kürzlich erstellten, so genannten Sparpaket die Rede, über welches in allen Städten des Kreises Recklinghausen abgestimmt werden sollte - das verwunderliche daran: In unseren Nachbarstädten finden diese Abstimmungen teilweise erst nach Beratungen in den Fachausschüssen statt, in Hertener hingegen sollte bereits nur eine Woche nach Veröffentlichung der Vorlage ein Ratsbeschluss folgen. Der Fraktionsvorsitzende der Hertener LINKEN, Thomas Prinz, zeigte sich darüber empört: *"In nur einer Woche soll dieses wichtige Thema ohne die notwendigen Diskussionen und Gespräche in den zuständigen Gremien und Ausschüssen durchgepeitscht werden". Das ist im höchsten Maße undemokratisch*“ Daher beantragte Thomas Prinz zu Beginn der Ratssitzung, den besagten Tagesordnungspunkt auf die nächste Ratssitzung zu verschieben. So hätte sowohl die Politik, die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den betreffenden Verwaltungen als auch die Hertener Bürger genügend Zeit, um sich mit den Inhalten des Pakets auseinanderzusetzen. Doch CDU und SPD lehnten dies ab, so dass der Vorschlag, den immerhin 10 Ratsmitglieder befürworteten, abgelehnt wurde.

Absolut nicht nachvollziehbar war für Thomas Prinz zudem, dass sich die SPD-Fraktion - die mit 23 eigenen Ratsmitgliedern + Bürgermeister (Bürgermeister hat stimmrecht) die absolute Mehrheit innehat - im Vorfeld, trotz Kritik am Verfahren, für die Durchsetzung des Sparpaketes aussprach. *"Am 20. März hieß es vor dem Rathaus auf einer vom DGB organisierten Kundgebung: Spart unsere Stadt nicht kaputt."* Damit zielte Prinz eindeutig auf einige SPD-Ratsmitglieder, die im DGB aktiv sind: So zum Beispiel ist SPD-Ratsfrau Dorothee Babst stellvertretende DGB-Vorsitzende Hertens. Des Weiteren merkte er an: *"Die Städte tragen keine Schuld an der finanziellen Lage, warum sollen wir jetzt dafür unseren Kopf herhalten. Außerdem"*, so Prinz, *"wird hier nicht gespart, sondern gekürzt. Deswegen reden wir auch nicht von einem Sparpaket sondern von einem Kürzungspaket!"* Er appellierte an alle Ratsmitglieder, die den Kürzungswahn nicht mitmachen möchten, ein Zeichen zu setzen und abzulehnen. Selbst Bürgermeister Uli Paetzel, der ebenfalls am 20. März auf der DGB Kundgebung den beschwörenden Appell: **Herten geht kaputt - wir wehren uns** in Richtung Land und Bund richtete, wollte an diesem Tag davon nichts mehr wissen und verteidigte das Kürzungspaket. Nach einer längeren Diskussion, in der deutlich wurde, dass einzig die SPD-Fraktion dem Kürzungspaket zustimmen würde, beantragte Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz geheime Wahl um den „gewerkschaftlichen“ Sozialdemokraten die Möglichkeit zu geben sich nicht dem Fraktionszwang zu unterwerfen. Doch wieder lehnten SPD und CDU ab und somit wurde mit 8 Zustimmungen das Quorum für eine anonyme Abstimmung um ein einziges Ratsmitglied verfehlt. Es folgte eine, auf Antrag der Linksfraktion, namentliche Abstimmung, in der sich 18 Ratsmitglieder gegen das

Kürzungspaket aussprachen, doch gegen die 23 Stimmen der SPD-Fraktion sowie der Ja-Stimme von Grünenfrau Susanne Fiedler und Bürgermeister Dr. Uli Paetzel konnte man sich nicht behaupten. Der Fraktionsvorsitzende abschließend *„Somit ist gewährleistet, dass im Protoll wenigstens die Namen der Ratsmitglieder festgehalten werden, die ihre politischen vor ihren gewerkschaftlichen Interessen gestellt haben. Ich denke das wird die Wählerinnen und Wähler nicht nur im nächsten Wahlkampf interessieren!“*

Der gesamte Ablauf über die Abstimmung stimmte auch Martina Ruhardt nachdenklich. Die voreilige Entscheidung war unnötig und für sie ebenfalls nicht nachvollziehbar.

10. Dezember 2010

Die Fraktion vor Ort: Linksfraktion besichtigt Vestische

Vertreter der Hertener Linksfraktion (incl. sachkundiger Bürger) besichtigten am 10.12. den Betrieb der Vestischen Straßenbahnen GmbH. Begleitet von den Vertretern des Betriebes Lothar Braun (Prokurist) und Franz Gzil gab es nach einer ausführlichen Betriebsbesichtigung anschließend die Gelegenheit zur gemeinsamen Diskussion.

Dabei spielten Themen wie die zum 01. Juni 2011 geplante Einführung eines "Sozialtickets" als auch die zukünftige Entwicklung der Mobilität im Zuge der öffentlichen Daseinsvorsorge eine zentrale Rolle. Die Fraktion war erfreut, dass die Vestischen Straßenbahnen ein Arbeitgeber mit sozialer Verantwortung sind. *"Der Betrieb bildet über Bedarf aus und gibt somit jungen Menschen eine gute Ausgangsposition auf dem regionalen Arbeitsmarkt, das ist vorbildlich und sollte Schule machen"* so Fraktionsvorsitzender Thomas Prinz abschließend.
